



NEUDRUCK

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

50. Sitzung (öffentlich)

2. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:32 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla, Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen	6
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14259	
	Vorlage 17/5507	
	Stellungnahme 17/4532 Stellungnahme 17/4603 Stellungnahme 17/4606	
	– Gespräch mit sachverständigen Gästen	

2 Junge Elternschaft fördern – Vereinbarkeit von Familiengründung und Ausbildung in die Tat umsetzen 20

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13400
Stellungnahme 17/4298 (Neudruck)
Stellungnahme 17/4400
Stellungnahme 17/4392
Stellungnahme 17/4396
Stellungnahme 17/4399

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/13400 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14908

Ausschussprotokoll 17/1630

– Wortbeiträge

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen gibt kein Votum zu dem Gesetzentwurf Drucksache 17/14908 ab.

4 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft muss sich auf der Bühne und seinen Strukturen abbilden! 23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779

Ausschussprotokoll 17/1514

– wird nicht behandelt

5 Aufbau von Muttermilchbanken, um die Gesundheit von Frühgeborenen durch nachhaltige Bereitstellung von Spender-Muttermilch sicherzustellen 24

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14071

Ausschussprotokoll 17/1516 (Anhörung vom 27. August 2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14071 einstimmig zu.

6 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen! 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Kompetenzzentren Frau und Beruf (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 29

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6082

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes 38

Vor Eintritt in die Tagesordnung

beschließt der Ausschuss, TOP 4 „Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft muss sich auf der Bühne und seinen Strukturen abbilden!“, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/13779 heute nicht zu behandeln.

1 Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14259

Vorlage 17/5507

Stellungnahme 17/4532
Stellungnahme 17/4603
Stellungnahme 17/4606

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

Vorsitzende Regina Kopp-Herr: Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, insbesondere unsere Sachverständigen, die in Präsenz anwesend sind, uns aber auch zugeschaltet sind, und alle Ausschussmitglieder. Frau Ministerin Scharrenbach wird sicherlich etwas später zu uns kommen. Aber Frau Jägers ist da und weitere Angehörige des Ministeriums. Ganz herzlich willkommen! Ich begrüße auch diejenigen, die uns heute zuhören und zuschauen.

Unser Ausschuss ist federführend bei dem Antrag. Die Mitberatung liegt beim Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Die abschließende Beratung findet in unserem Ausschuss statt.

Die Landesregierung hat uns zu diesem Beratungsgegenstand einen schriftlichen Bericht mit der Vorlage 17/5507 zugeleitet.

Wir haben am 26. August beschlossen, dieses Fachgespräch durchzuführen.

Wir haben in der vergangenen Woche schriftliche Stellungnahmen bekommen. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

Wir haben eine Stunde für dieses Fachgespräch eingeplant. Deswegen werden wir auf Eingangsstatements verzichten und mit der Fragerunde der Abgeordneten beginnen.

Da die Grünen den Antrag gestellt haben und ein Fachgespräch beantragt haben, gebe ich als Erster Frau Paul das Wort. Dann geht es entsprechend der Größe der Fraktionen weiter.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank an die Expertinnen, dass Sie sich heute die Zeit für dieses Fachgespräch nehmen. Ich habe eine ganze Reihe an Fragen, aber ich versuche, das in der ersten Runde ein wenig zu beschränken.

Meine ersten Fragen richte ich an Frau Professorin Henschel. Sie haben eine sehr umfangreiche Stellungnahme eingereicht, die sich auf sehr viele Aspekte bezogen hat. Sie heben in Ihrer Stellungnahme auch darauf ab, dass nicht nur auf Kinder, sondern auch auf Jugendliche zu achten ist. Das ist, finde ich, ein sehr wichtiger Aspekt.

Ich würde aber trotzdem gerne noch an zwei anderen Punkten ansetzen, die Sie in Ihrer Stellungnahme deutlich gemacht haben. Zum einen haben Sie ausgeführt, dass Kinder nicht mit ihrer Gewaltbetroffenheit pathologisiert werden sollten, sondern auch darauf zu achten ist, welche Resilienzen aufzubauen sind und wie diese zu stärken sind. Können Sie dazu noch etwas sagen? Welche Ressourcen brauchen Frauenhäuser, um speziell die Resilienzen von Kindern und Jugendlichen und den Kinderschutz zu stärken?

Meine zweite Frage: Sie haben von psychosozialen Möglichkeitsräumen und Unterstützungsangeboten nach dem Frauenhaus geschrieben. Was wäre aus Ihrer Sicht als Anschlussperspektive für ein dauerhaft gelingendes Leben außerhalb von Gewaltstrukturen notwendig?

Jetzt würde ich gerne eine Frage an Frau Kleine richten. Sie haben auch eine ausführliche Stellungnahme eingereicht und darin vor allem die Arbeit Ihrer Kinderinterventionsstelle beschrieben. Können Sie etwas dazu sagen, in welcher Art und Weise sich das auch als Struktur bewährt hat und was notwendig wäre, um das ein Stück weit mehr in die Fläche zu bringen?

Frau Kleine, Sie haben auch beschrieben, dass Sie Clearing vor dem Frauenhaus in der Coronazeit gemacht haben. Können Sie dazu noch etwas sagen, insbesondere mit Blick darauf, dass Sie in der Stellungnahme geschrieben haben, dass in diesem Clearingverfahren auch Hilfen für Kinder und Jugendliche in den Blick genommen wurden und dass Sie – wenn ich das in der Stellungnahme richtig verstanden habe – durchaus positive Erfahrungen damit gemacht haben?

Charlotte Quik (CDU): Auch seitens der CDU-Fraktion ein herzliches Dankeschön für die erstellten Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich heute Zeit für uns nehmen.

Wir fanden die Stellungnahmen sehr erhellend. Ich möchte deshalb nur noch einen Aspekt in den Fokus nehmen und richte die Frage auch breit an die Runde. Ich möchte gerne auf die Anbindung an die Jugendhilfesysteme schauen. Es wäre ganz wunderbar, wenn Sie den Status quo etwas dezidierter beleuchten könnten, gegebenenfalls weitere Ideen zu einer Verbesserung vortragen würden und insbesondere einen Blick darauf werfen könnten, inwieweit hier Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum vorliegen. Das würde uns sehr interessieren.

Eine zweite Fragestellung bezieht sich auf die Zusammenarbeit der Einrichtungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die sehr wünschenswert wäre. Inwieweit gibt es da momentan Hinderungsgründe?

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst erst einmal ganz herzlichen Dank auch von unserer Seite an die Sachverständigen, die uns heute hier mit ihrem Fachwissen zur Verfügung stehen. Vielen Dank auch für die sehr ausführlichen und interessanten Stellungnahmen.

Zum einen – diese Frage stelle ich allen Sachverständigen – geht es um die Versäulung, die in einigen Stellungnahmen als ein großes Problem dargestellt wurde. Mich würde interessieren, wie eine gute Kooperation und Verzahnung zwischen den verschiedenen

Hilfediensten und Rechtskreisen möglich wäre und welche Hürden sich in der Realität ergeben. Das ist meine erste Frage.

Dann habe ich eine Frage an den SkF und an das Hexenhaus. Die Frage bezieht sich auf die Clearingstelle. Was verstehe ich konkret darunter im laufenden Prozess? Ist das eine Prozessbegleitung oder eher eine Anlaufstelle im Vorfeld der Angebote? Kann die dezentral organisiert werden oder eben nicht?

Meine dritte Frage geht an das Hexenhaus, an Frau Köhn. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme viel zu den Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zur häuslichen Gewalt in Studium und Ausbildung und in der laufenden Praxis. Sie plädieren dafür, Ihre Forderungen auf alle im weitesten Sinne an Frauen- und Jugendschutz Beteiligte auszuweiten. Da würde mich interessieren, wo und in welcher Form Sie die größten Bedarfe sehen.

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Sachverständige! Schön, mal ein Gespräch nur mit Frauen zu haben. Das finde ich auch ganz spannend. Auch im Namen der FDP-Landtagsfraktion herzlichen Dank für Ihre ausführlichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute da sind. Ich weiß, Frauen haben im Advent immer ein bisschen mehr zu tun. Von daher doppelten Dank.

Ihre Stellungnahmen waren wirklich sehr umfangreich und richtig gut – das ist nicht immer so –, sodass ich nur noch eine Frage an Frau Kleine habe. Die Clearingstelle wurde ja schon angesprochen. Können Sie Ihre Erfahrungen mit der Zusammenarbeit in der Vergangenheit schildern? Brauchen wir das Ganze Ihrer Meinung nach weiter? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Stellungnahmen und für Ihre Teilnahme an diesem Fachgespräch.

Meine Frage richtet sich an den SkF und an das Hexenhaus. Ich habe kürzlich in der Presse gelesen, dass seit ungefähr 2015 mehr Kinder in den Frauenhäusern untergebracht sind als Frauen. Da war ich zunächst etwas überrascht, muss ich sagen. Mich würde jetzt interessieren: Können Sie das aus der Praxis bestätigen? Oder ist das nur ein statistischer Wert? Ist das ein schleichender Anstieg gewesen? Hat das auch etwas mit den Frauen zu tun, die ins Frauenhaus kommen? In der Stellungnahme vom Hexenhaus wurde ja auch angesprochen, dass viele Frauen mit Migrationshintergrund dort sind, die vielleicht tendenziell größere Familien mit mehr Kindern haben.

Wie gestaltet sich das in der Praxis? Es wurden ja die Dolmetscher angesprochen. Wie gehen die Kinder und Jugendlichen in den Häusern miteinander um? Gibt es da auch sprachliche Barrieren? Oder funktioniert das sehr viel schneller? Wie sieht einfach ganz praktisch das Zusammenleben aus? Welche Probleme ergeben sich daraus? Was funktioniert gut?

Monika Kleine (Sozialdienst katholischer Frauen e. V.): Schönen guten Tag! Ich fange mal mit Ihrer Frage an, was die Kinderintervention angeht, Frau Paul. Wir haben 2008 die Kinderintervention geschaffen. Bis heute finanziert sich das ausschließlich

aus Spenden und Stiftungsmitteln. Das bedauern wir natürlich sehr, weil wir es im Rahmen dieses ambulanten Angebotes als essenzielle Ergänzung ansehen.

Im Kern hat sich uns die Notwendigkeit erschlossen, weil wir die sehr belasteten Frauen, die bei uns stranden, meistens nicht unmittelbar in der Lage sahen, auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Das war für die Kinder eine doppelte Konfliktlage. Die stehen in einer ganz großen Loyalität zu ihren Müttern, aber auch zu den Vätern. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das ist so. Sie erleben gleichzeitig, dass die Mutter so gut wie keine Ressourcen hat, in dieser akuten Situation auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Das hat uns dann auf die Idee gebracht, eigene Fachfrauen dafür zu haben, die sich in dieser Phase nur um die Kinder kümmern.

Wie Sie wissen, komme ich aus einem ambulanten Hilfesystem. Unser Ziel ist es ja sehr vorrangig, auch zu schauen: Kann das Leben, aus dem die Frau mit den Kindern kommt, in irgendeiner Weise auch vor Ort weiter stattfinden?

Ein Schwerpunkt dieser Kinderinterventionsstelle ist natürlich: Welche Unterstützungsangebote brauchen speziell die Kinder nach der Rückkehr in die Wohnung, wenn diese möglich ist? Wir sortieren und richten diese Dinge ein, so lange wir die Frauen in der Beratung haben, und versuchen quasi, ein eigenes Netzwerk für die Kinder zu stabilisieren. Das entlastet die Kinder sehr, weil sie eigene Ansprechpartner haben, und es entlastet die Mütter. Wir sind da mit sehr großem Erfolg unterwegs, weil wir das für die Frauen als ungemein entlastend erleben.

Aus unserer Sicht braucht jede Interventionsstelle diese Kinderinterventionsstelle als ein Standbein dieses Angebotes. Sonst wird man den Kindern nicht gerecht. Das ist kein Vorwurf an die Frauen und die Mütter.

Es kamen mehrere Fragen zum Clearinghaus. Ich möchte kurz die Genese dieses Angebotes beschreiben, denn daraus ergeben sich viele Antworten. Ich bin der festen Überzeugung, dass Corona nicht nur schlecht ist. Denn das hat uns, ohne dass wir das im Kern vorher so geplant haben, eine Möglichkeit an die Hand gegeben, dieses Clearing auszuprobieren.

Die Kölner Frauenhäuser sind von ihrer baulichen Struktur nicht so, dass sie ausreichend Platz hätten anbieten können, um die Frauen gegebenenfalls in Quarantäne unterzubringen. Gleichzeitig waren die Mitarbeiterinnen im Frühsommer 2020 noch nicht geimpft. So haben sich die Frauenhäuser entschieden, keine Frauen mehr aufzunehmen, die nicht vorher in einer Quarantänezeit woanders waren.

Das hat die Stadt vor relativ große Schwierigkeiten gestellt. Dann ist die Stadt auf uns zu gekommen und hat gefragt, ob wir bereit wären, als vorgeschaltetes Angebot vor der Aufnahme in das Frauenhaus quasi ein Clearingangebot für die Frauen zu machen.

In der Notsituation der Coronazeit haben viele kleine Hotels in Köln die Schotten dichtmachen müssen. So ein Hotel hat die Stadt angemietet, und wir haben die Frauen dort 14 Tage aufgenommen, bis die Quarantänezeit vorbei war. Das heißt, wir haben in dieser Zeit 14 Tage mit den Frauen gearbeitet. Wir haben sie betreut. Das Haus wurde durch Security geschützt.

Die erstaunlichen Erfahrungen waren, dass wir ungefähr 50 Frauen gar nicht erst ins Frauenhaus gehen lassen mussten. Das war eine wirklich sehr entscheidende Erfahrung. Als dann die Mitarbeiterinnen im Frauenhaus geimpft waren, gingen die Frauen wieder unmittelbar ins Frauenhaus, und das Clearinghaus wurde nicht mehr in dem Umfang genutzt.

Was will ich damit sagen? – Um diese Chance nutzen zu können, Kinder nicht aus ihrem sozialen Umfeld reißen zu müssen, ist es eine erhebliche Erleichterung, in dieser strukturell notwendigen vorgeschalteten Phase zu schauen: Gibt es alternative Möglichkeiten, die Frauen und die Kinder zu schützen? Ich rede nicht von den Frauen, die in jedem Fall Schutz brauchen, sondern ich rede von 50 % der Frauen, die mit Unterstützungssystemen oder sogar ohne nach einer klärenden Beratung auch wieder zurückgehen können. Das entlastet die Kinder ungemein. Sie verlieren nicht ihre sozialen Bezüge, sie verlieren nicht ihre Peergroups.

Das finde ich auch sehr entscheidend. 43 % der Frauen kommen ja aus bestehenden Hilfesystemen. Dass das nicht unterbrochen wird, sondern in die Fortsetzung kommt und dass man diese Hilfesysteme auch unmittelbar schon an den Clearingprozess mit andocken kann, sorgt dafür, dass die Kinder viel weniger Brüche haben und eine größere Kontinuität.

Der Ansatz der Frauenhäuser ist verständlicherweise ein anderer. Insofern finden wir das nachvollziehbar, aber auch schade, dass diese Chance für die Kinder vertan ist. In Köln sind die Aufenthalte im Frauenhaus sehr lang, weil der Wohnungsmarkt auch sehr schlecht ist. Dann ist sehr viel abgerissen, und das traumatisiert die Kinder noch ein weiteres Mal.

Wir haben dieses Clearinghaus noch aufrechterhalten, auch aus kommunalen Mitteln. Aber das ist eine temporäre Geschichte, weil die Stadt Köln natürlich sehr darauf hofft, dass wir in Köln die Ideen des NRW-Pakts gegen Gewalt umsetzen können und eine Art „Powerhaus“ – bei uns hat es einen etwas anderen Namen – umsetzen können, bei dem dieses Angebot strukturell mit vorgesehen ist, sodass sozusagen der Eintritt ins Frauenhaus über ein Clearingangebot passiert. Das würden wir sehr begrüßen und fänden wir sehr, sehr hilfreich.

Von der CDU kam die Frage, was an Jugendhilfesysteme notwendigerweise angeschlossen werden soll und was verbessert werden soll. Unsere Erfahrung aus dem Clearinghaus zeigt sehr deutlich, dass wir große Hilfen bekommen, indem wir Sozialpädagogische Familienhilfe mit andocken. Das ist ein ambulantes Unterstützungsangebot, bei dem Fachfrauen in die Familien kommen und die Frauen dabei unterstützen – die belastete Situation hört ja nicht auf, weil sie im Clearinghaus oder im Frauenhaus waren –, den Alltag mit den Kindern besser geregelt zu bekommen. Das ist etwas sehr Entscheidendes, dass die Frauen, auch wenn sie wieder zu Hause sind, sehr deutlich personelle Präsenz und Unterstützung haben. Da bietet die Jugendhilfe eine ganze Menge. Auch die Organisation, dass die Kinder eine Ganztagesbetreuung im Sinne von Schule oder Kita haben, ist sehr erheblich, denn auch das entlastet die familiäre Situation.

Bei der Versäulung kriege ich jedes Mal einfach nur Zorn, weil wir, finde ich, so intelligente Hilfeformen haben, die aber häufig sehr alleine vor sich hin wirken. Deswegen bin ich ein großer Fan dieses Clearinghauses, denn das ist auch eine Möglichkeit, schon in dieser Phase zu schauen: Welche Systeme gab es schon? Welche Hilfepläne existieren? Sind die ausreichend mit der aktuellen Situation konfrontiert? Dass über einen Polizeieinsatz die Frauen im Clearinghaus oder im Frauenhaus landen, muss ja dann zurückgebunden werden in die Jugendhilfestrukturen. Diese Lotsenfunktion übernehmen die Interventionsstellen, sowohl mit der Kinderintervention als auch mit den Fachfrauen, die unmittelbar mit den Müttern arbeiten. Diese Sachen zu verknüpfen, muss man strukturell fordern. Das muss man erwarten. Das muss man üben. Das ist nicht selbstverständlich, ist aber nach meinem Dafürhalten eigentlich eine leichte Übung.

Es gab noch eine Frage zum Unterschied zwischen ländlichem und städtischem Raum. Das muss man natürlich ganz klar sagen: Wir haben in Köln ein sehr breites Angebot ambulanter und stationärer Hilfen. Das ist natürlich eine Grundvoraussetzung, dass ich auch Lotsenmöglichkeiten sinnvoll nutze und einsetze. Wenn ich mit dem Fokus einer Vernetzung auf die Angebote schaue, kann ich viel mehr erreichen als bislang. Ich glaube, dass gerade deshalb im ländlichen Raum ein vorgeschaltetes Clearingangebot hilfreich sein kann, weil natürlich die Öffentlichkeit im ländlichen Raum viel größer ist als im städtischen. Dort können Frauen viel besser mal im Frauenhaus abtauchen und Schutz erhalten oder auch im Clearinghaus. Das ist im ländlichen Bereich viel schwieriger. Dann ist es gut, wenn die Zeit nur kurz ist, in der sie sozusagen von der Bildfläche verschwinden.

Viele Frauen haben mehrere Kinder. Das ist so. Die Zahlen kann ich gleich nachschauen. Die stehen aber bei uns auch drin. Die weiß ich nicht auswendig. In der Regel bringen die Frauen Kinder mit. Gerade weil viele Frauen mit Migrationshintergrund kommen, haben sie häufig auch kleinere Kinder und mehrere Kinder bei sich; das haben Sie richtig wahrgenommen.

Es gab noch die Frage: Was ist notwendig, damit die Zusammenarbeit funktioniert? Ich glaube sehr klar, dass das eine zwingende Voraussetzung ist. Das muss eine strukturelle Entscheidung sein. Ich glaube, das würde auch beim Zusammenführen von Hilfen sehr hilfreich sein. Es muss eine strukturelle Verpflichtung geben, dass Frauen über ein Clearingangebot ins Frauenhaus kommen. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Frauenhausfrauen; das ist gar nicht die Frage. Aber natürlich ist es auch für eine Frauenhausmitarbeiterin schwierig, wenn die Frauen da mal angekommen sind, die wieder wegzuschicken. Deswegen ist für alle Beteiligten der Weg über diese vorgeschaltete Klärung leichter.

Xenja Winziger (Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e. V.): Ich möchte auf die Anbindung im Jugendhilfesystem eingehen sowie etwas zum Thema „städtischer und ländlicher Versorgungsbereich“ sagen. Wir haben in unserer Trägerschaft Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum, sodass ich ein bisschen einen Überblick darüber habe.

Was die Anbindung an das Jugendhilfesystem angeht, ist meine Erfahrung mittlerweile, dass wir häufig das Problem haben, dass es an den handelnden Personen scheitert und nicht an den gemeinsamen Zielsetzungen. Ich bin geneigt, zu sagen, es wäre gut, wenn man Verbindlichkeiten schaffen würde und für die Zusammenarbeit von Frauenhäusern insbesondere mit dem Jugendamt und Jugendhilfeeinrichtungen verpflichtende oder verbindlichere Handlungsleitfäden entwickeln würde. Während des Frauenhausaufenthaltes geht es ja um Fragen des Umgangsrechts, um familiengerichtliche Verfahren und die elterliche Sorge, die dann ausgestaltet werden muss. Große Jugendämter sind gut ausgestattet und haben viel Kenntnis, aber kleine Jugendämter haben manchmal wenig interdisziplinäre Kompetenz. Verbindlichere Vorgaben oder Empfehlungen wären da gut. Das ist der eine Punkt.

In der Praxis tritt ganz häufig ein zweites Manko auf. Während des Frauenhausaufenthaltes kriegen die Kinder in den Frauenhäusern durchaus Unterstützung durch Kinderbetreuung und Jugendbetreuung. Manchmal ist es aber auch gut, wenn Kinder einen Platz finden in einer Kinderbetreuung, die nicht im Frauenhaus ist, also in einer Kindertageseinrichtung oder im offenen Ganztage. Wir erleben ganz oft, dass das heute gar nicht mehr geht, weil die Kitas sowieso schon sehr überlaufen und sehr voll sind, und dass Notplätze für Frauenhauskinder einfach nicht mehr da sind. Das wäre ein Wunsch, zu gucken, ob man das in der Regelversorgung als Angebot on top einpreisen kann und mit den Trägern verhandeln kann, damit die Kinder auch außerhalb des Frauenhauses Angebote haben.

Wir haben einige wenige Träger, die das machen, weil die Kita der AWO gehört und weil das Frauenhaus der AWO gehört. Das funktioniert ganz wunderbar. Wir erleben dort auch, wie Kinder durchaus relativ schnell Anschluss finden, sich sehr wohlfühlen und gut durch den Tag kommen, weil sie dort einfach unter ihresgleichen unterwegs sind und nicht immer mit dem schwierigen Thema „Gewalt“ konfrontiert sind. Das ist etwas, was uns als Vision vorschwebt.

Zum Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Raum: Frau Kleine hat das gerade berichtet. In der Großstadt gibt es natürlich sehr viel mehr Angebote und viel differenziertere Angebote. Im ländlichen Raum ist es manchmal sehr viel schwieriger, passende Angebote zu finden im Bereich von Jugendhilfe, aber eben nicht nur im Bereich von Jugendhilfe, sondern mitunter brauchen diese Kinder auch Kinder- und Jugendtherapeuten. Die sind dann rar in den Regionen. Dort sind dann die Anbindungen wirklich äußerst problematisch. Das ist mit langen Wegen verbunden oder auch nicht greifbar. Von daher sollte man in der Landesperspektive gucken: Wie sieht es regional und lokal genau aus? Brauchen wir da für ein Frauenhaus mehr Angebote, mehr Ressourcen, weil im Außen gar nicht genügend Anbindungsmöglichkeiten in der Jugendhilfe vorhanden sind? Das wäre so ein wesentlicher Punkt.

Das bezieht sich im Grunde aber auch auf die Versäulung, was diese Rechtskreise angeht. Es gibt durchaus eine gewisse Durchlässigkeit, sodass Jugendhilfemaßnahmen während des Frauenhausaufenthaltes fortgeführt werden. Aber wir erleben auch, dass Frauen aufgenommen werden und die Jugendhilfe sofort gestoppt wird. Das muss gar nicht ein Anliegen des Frauenhauses sein, das vielleicht sagt: Wir wollen das absprechen. Wie sieht das mit der Anonymität aus? Wir möchte noch mal gucken,

was mit der Frau los ist. – Die Jugendhilfe setzt mitunter Hilfen erst mal aus; die werden nicht einstellt, aber ausgesetzt. Da würden wir uns eine größere Sensibilität oder Kooperationsbereitschaft auf beiden Seiten vorstellen.

Wir würden ein kleines Schlaglicht nach Bielefeld werfen, weil die ein ganz gutes System haben.

Karin Boye Toledo (AWO Frauenhaus Bielefeld): Guten Tag. Ich würde gerne etwas zur Versäulung und vielleicht zur Kooperation und Verzahnung sagen. Wir in Bielefeld haben seit ca. zehn Jahren einen Vertrag mit dem Jugendamt. Das heißt, wir bieten selber auch Sozialpädagogische Familienhilfe für Frauen an, die dann später ausziehen und bei denen es während des Aufenthaltes auffällt, dass sie so eine Unterstützung brauchen und wahrscheinlich, wenn sie ausziehen, auch länger brauchen. Das Gute ist: Wir installieren die schon während des Aufenthaltes. Die Frau muss also nicht tausendmal ihre Geschichte erzählen. Sie muss nicht ihre Gewalterfahrungen noch mal mitteilen. Die Mitarbeiterin kennt die Frau schon von dem ganzen Aufenthalt, hat die Frau schon im Haus begleitet und kann dann auch, wenn die Frau auszieht, weiterhin mit ihr arbeiten.

Bei uns ist es so, dass das Jugendamt meistens erlaubt, dass die sozialpädagogischen Hilfen, die schon installiert sind, auch im Haus weiterlaufen. Die müssen im Haus nicht beendet werden. Die können weiterhin begleitet werden, auch wenn sie von außerhalb begleitet werden. Das ist wirklich eine ganz gute Unterstützung.

Wir haben auch noch Second Stage, aber leider nur noch zehn Stunden. Das war ja auch irgendwann mal vom Land gefördert. Das ist natürlich auch eine ganz große Unterstützung, dass die Familien noch weiterhin in Begleitung sind, wenigstens ein Jahr lang. Jetzt mit Corona haben wir das natürlich ohne Hausbesuche. Jetzt haben wir auch nur noch zehn Stunden. Die Frauen halten mehr den Kontakt zu uns als wir zu denen. Aber es hat sich auch gezeigt, dass das sehr positiv ist und dass die Frauen alle Anfragen an uns stellen und wir sie dann weitervermitteln, sodass sie immer die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Dann arbeiten wir auch noch mit der Frauenberatungsstelle, die auch Interventionsstelle ist, die uns auch Frauen und Kinder vermittelt. Wir schicken unsere Frauen auch dorthin, damit die angebunden sind und vielleicht ihre Problematik erst mal aufarbeiten können.

Im Haus haben wir dieses Jahr schon fast 100 Kinder gehabt.

Prof. Dr. Angelika Henschel (Leuphana Universität Lüneburg [per Video zugeschaltet]): Ich bin gefragt worden, wie Resilienzstärkung erfolgen kann, weil ich ja versucht habe, in meiner Stellungnahme deutlich zu machen, dass Kinder und Jugendliche, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zugleich auch immer Opfer dieser Gewalt sind und sich entsprechend mit der Problematik auseinandersetzen müssen. Mitunter müssen sie diese Gewalterfahrung über Jahre machen, eventuell sogar von klein auf. Sie erhalten aber zu wenig Unterstützung, um diese Erfahrung verarbeiten zu können.

Das heißt aus meiner Perspektive nicht, dass automatisch alle Kinder und Jugendlichen von vornherein traumatisiert sind, selbst wenn sie die unterschiedlichsten Ausprägungen, Häufigkeit und Schwere der Gewalt miterleben müssen, weil Kinder je nachdem wie sie auch ansonsten in ihrem sozialen Umfeld eingebettet sind, durchaus psychische Widerstandskraft zeigen können. Das zeigt sich auch in Frauenhäusern.

Ich möchte damit deutlich machen, dass wir im Sinne des Kindeswohls natürlich nicht unterschätzen dürfen, welche Folgen es haben kann, wenn Kinder in solchen Familien aufwachsen, in denen sie die Partnerschaftsgewalt gegenüber der eigenen Mutter durch den Vater oder Partner der Mutter erleben müssen, aber es ist wichtig, sich auch klarzumachen, dass darüber hinaus durch die Bereitstellung von spezifischen Ressourcen auch innerhalb der Frauenhäuser die Möglichkeit dieser Resilienzbildung – wie ich es in meiner Studie zu dieser Problematik genannt habe – besteht. Das gilt nicht nur innerhalb der Frauenhäuser, sondern natürlich auch in Kooperationsbeziehungen mit Jugendhilfe, Schule usw.

Dafür braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Denn es kann nicht sein, dass alle um diese Problematik wissen, die in Frauenhäusern arbeiten, dass sie aber nicht ausreichend Zeit und Finanzen zur Verfügung haben, um den Kindern das zur Verfügung zu stellen, was Frau Paul eben auch noch angesprochen hat, nämlich Möglichkeitsräume.

Möglichkeitsräume für Kinder und Jugendliche bereitzustellen, in denen sie sich selbst erproben können, setzt Partizipation voraus. Kinder, die in Frauenhäusern leben, erfahren ja eine besondere Fürsorge, Betreuung und Unterstützung durch das Personal. Das ist aber leider bundesweit nicht einheitlich geregelt, weil wir ja bis heute keine bundeseinheitliche Finanzierung haben und weil in den unterschiedlichen Frauenhäusern unterschiedliche Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung stehen. Daneben muss ermöglicht werden, innerhalb des Hauses Möglichkeitsräume zur Verfügung zu stellen, die durch Partizipation der Kinder und Jugendlichen geprägt sind.

Das heißt, sie sollen zum Beispiel selber mitbestimmen können, welche Freizeitangebote sie wünschen, wenn seitens des Hauses welche angeboten werden können. Sie sollten sich an dem Alltag innerhalb des Frauenhauses unter Anleitung und mit Unterstützung beteiligen können. Das wären sozusagen Möglichkeitsräume, die innerhalb der Häuser zur Verfügung gestellt werden könnten, um Resilienzbildung und -stärkung zu ermöglichen.

Dazu gehört durch die Partizipationsmöglichkeiten, die eingeräumt werden, dass diese Kinder und Jugendlichen sich zunehmend als selbstwirksam erleben, wenn sie mitgestalten können. Sie erleben sich als selbstwirksam und handlungsfähig. Das ist neben Bindungen und Beziehungen, die mit ihnen aufgebaut werden, ein wichtiger Faktor hinsichtlich der Persönlichkeitsbildung und kann in dem Sinne auch Resilienzstärkung bewirken.

Ich hoffe, dass ich damit die beiden Elemente „Resilienzstärkung“ und „Möglichkeitsräume“ ausreichend erläutert habe. In meiner Stellungnahme finden Sie das ja ausführlicher, und viele Dinge lassen sich in meiner Studie nachlesen, die 2019 veröffentlicht worden ist: „Frauenhauskinder und ihr Weg ins Leben“.

In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, sich klarzumachen, dass Kinder und Jugendliche aufgrund ihres Alters unterschiedliche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben. Das heißt, es braucht auch eine Expertise dahingehend, sich mit den spezifischen Entwicklungsstufen und -phasen der Kinder und Jugendlichen auseinandersetzen zu können, um durch gezielte Ansprache und gezielte Angebote, die entweder kind- oder jugendgerecht sein sollten, diese Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Eine große Problematik haben wir in Bezug auf die Situation der Jugendlichen. Denn wir wissen, dass insbesondere männliche Jugendliche in vielen Frauenhäusern keine Unterkunft finden, wenn sie über 14 Jahre alt sind. Wir haben laut ZIF bundesweit nur ungefähr 70 Häuser, in denen überhaupt männliche Jugendliche aufgenommen werden können.

Das heißt, wir müssen auch einen gezielten Blick auf die Situation der Jugendlichen und nicht nur der Kinder werfen. Es sind zwar in der Regel weniger Jugendliche als Kinder in den Frauenhäusern, aber das hängt genau mit dieser Problematik zusammen. Denn zum Teil können sie dort eben nicht aufgenommen werden. Zum Beispiel sind die Räumlichkeiten nicht gegeben, um für die Jugendlichen eigene Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie auch die Möglichkeit erhalten, mit den Peers, also den anderen Jugendlichen in den Austausch zu treten. Denn das muss man sich klar machen: In dieser Phase der Jugend sind es vor allem die anderen Jugendlichen, die für sie die Möglichkeit bieten, mehr Autonomie zu gewinnen, sich auch mit den Schwierigkeiten im Elternhaus auseinanderzusetzen und zunehmend Selbstbestimmung für sich zu entwickeln.

Von daher sind all diese Aufgaben gekoppelt an die Kompetenz der entsprechenden Professionellen, die um diese Zusammenhänge wissen müssen. Damit sind wir bei dem Punkt, den ich ja auch herausgestellt habe und der auch in dem Antrag der Grünen schon zu finden ist: Wie müssen wir eigentlich in der Zukunft in der Sozialen Arbeit, aber auch in Bezug auf das Lehramt ausbilden? Wie müssen wir an den Fachschulen die Erzieherinnen ausbilden? Wie müssen wir diese Thematik „Kinder und Jugendliche und häusliche Gewalt“ in den Curricula und Rahmenrichtlinien verorten? Wie müssen wir durch Fortbildungsmaßnahmen für die spezifischen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen werben und darüber informieren? Denn nur wenn wir Kenntnisse über all die Zusammenhänge haben, die ich in meiner Stellungnahme dargelegt habe, sind wir auch in der Lage, die Nöte und die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu erkennen.

Von daher erscheint es mir wichtig, darauf auch einen Fokus zu richten und in dem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass auch die Professionellen weitere Unterstützung hinsichtlich der Ausbildung von Vernetzungs- und Kooperationskompetenz benötigen.

Denn das ist ja auch von meinen Vorrednerinnen deutlich gemacht worden, dass es zum Teil immer noch eine Versäulung der unterschiedlichen Systeme gibt, also zum Beispiel Schule auf der einen Seite und Jugendhilfe auf der anderen. Dazu kommt der gesamte Bereich der Antigewaltarbeit. Die kooperieren in der Regel auf Basis von Goodwill. Aber strukturell verankert sind diese Vernetzungs- und Kooperationsaufgaben

bisher nicht, weil zum Teil dafür weder bei der Jugendhilfe noch bei den Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen usw. entsprechende Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung stehen, die es eben ermöglichen würde, das strukturell innerhalb des Arbeitsalltags zu verankern und nicht nur abhängig zu machen von persönlichen Beziehungen zwischen Kolleginnen aus unterschiedlichen Institutionen.

Maria Köhn (Hexenhaus Espelkamp [per Video zugeschaltet]): Herzlichen Dank, dass wir heute hier berichten dürfen. Wir haben uns die Fragen angehört und auch die Aussagen und haben uns entschlossen, dazu aus unserer Praxis zu berichten. Das ist uns ganz wichtig, das zu erwähnen. Denn wir als Hexenhaus Espelkamp haben uns schon vor mehr als fünf Jahren auf den Weg gemacht und gesagt: Irgendwie müssen wir anders denken. – Das heißt, wir sind irgendwie auch anders. Wir möchten das nicht mit der Hilfelandschaft im Frauenhauskontext vergleichen. Das ist uns ganz wichtig. Trotzdem möchten wir Ihnen heute einige Fragen stellen, um deutlich zu machen, wie anders wir arbeiten.

Es wurde ja nach den Unterschieden zwischen urbanem und ländlichem Raum gefragt. Ich kann Frau Kleine da verstehen. Der Clearingansatz ist wichtig. Insbesondere in der Coronazeit – das war ja wie eine Lupe – hat man verstanden, worum es da tatsächlich geht. Wir bei uns im Haus haben aber schon insgesamt verstanden, dass ein Clearingansatz unabhängig verstanden wird.

Wir sind als Frauenhaus eine Akutschutzeinrichtung. Darum geht es ja auch heute, um Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen in den Frauenhäusern. Wir haben schon vor fünf Jahren verstanden, dass wir mehr brauchen, und haben uns darüber Gedanken gemacht. Wir wissen auch, dass andere Frauenhäuser das auch getan haben und auch tun. Trotzdem fragen wir: Was brauchen wir noch mehr?

Im urbanen Raum sind viele Hilfsangebote vorhanden. Im ländlichen Raum sind wir darauf angewiesen, bestimmte Angebote vorrätig oder irgendwie zu haben. Vor diesem Hintergrund haben wir uns auf den Weg gemacht und gefragt: Wie können wir damit umgehen? Was brauchen Kinder und Jugendliche in diesem Zusammenhang, um passgenau und richtig angebunden zu werden?

Dazu muss ich sagen, dass wir uns auch als Frauenhaus entschlossen haben, uns zu öffnen, bestimmte Kooperationen einzugehen und proaktiv auf verschiedene Hilfesysteme zuzugehen. Wir brauchen ein multiprofessionelles Team.

Damit komme ich zu dem angesprochenen Versäulungsproblem. Das ist ja immer so eine Metapher. Was bedeutet das eigentlich? Für uns in unserer Praxis bedeutet es ganz klar, dass wir darauf angewiesen sind, auf der anderen Seite gute Personen zu haben, die sich entschließen, zu sagen: Das finden wir wichtig, und das machen wir.

Das ist gut, und wir sind sehr dankbar dafür, dass das so gewachsen ist und dass wir die Gelegenheit haben, an dieser Thematik weiterzuarbeiten. Aber wir befinden uns jetzt in einem Zeitalter, wo wir darauf angewiesen sind, unter Verbindlichkeiten und Struktur zu arbeiten, wo es darum geht, auch zu sagen: Behördliche Angelegenheit ist das eine, und das andere sind Frauenhäuser.

Das muss man auch mal ganz klar sagen: Wir sind eine Akutschutzeinrichtung. So werden wir auch verstanden, insbesondere im ländlichen Raum. Als Akutschutzeinrichtung müssen wir auch dafür sorgen, dass wir in diesem Sinne eine passgenaue Hilfe für die Frauen und insbesondere für die Kinder und Jugendlichen bereitstellen oder zumindest in der Lotsenfunktion leiten können.

Damit möchte ich sagen, dass wir es sehr begrüßen, dass es eine Art Clearingansatz, einen Case-Management-Ansatz gibt, aber in der Praxis ganz klar sehen: Ein Clearing, also ein Case-Management-Ansatz, bedeutet auch, dass wir uns damit auseinandersetzen haben, welche Hilfeformen es vor Ort gibt.

Da kommt jetzt genau dieser Punkt „urbaner oder ländlicher Raum“. Wir haben uns vor diesem Hintergrund dazu entschieden, so zu arbeiten, dass wir als die Frauen vorantreten. Wir sehen, es braucht Strukturen, es braucht Koordination, und es braucht Verbindlichkeit, insbesondere im institutionellen Raum.

Frau Stork kann viel mehr dazu sagen, was wir erleben, wenn Kinder und Jugendliche zu uns kommen, weil sie die Expertin für diesen Bereich ist.

Frau Henschel hat es wissenschaftlich beschrieben. Wir haben Kinder von 0 bis 17. Wir als Frauenhaus nehmen auch 17-jährige Männer auf, heranwachsende junge Männer. Das ist natürlich eine Herausforderung. Aber wir möchten damit dafür sensibilisieren, dass es darum geht, dieses Familienhilfesystem nachhaltig zu unterstützen. Unabhängig davon, welche Strukturen wie bestehen, ist für uns wichtig, zu sagen: Wir brauchen ein System, eine Verlässlichkeit, eine Schnittstellendefinition zu anderen Hilfeeinrichtungen und eine Ausstattung, um das bewältigen zu können.

Ich kann sagen, dass wir bei uns im Frauenhaus Clearing als selbstverständlich betrachten, um nachhaltig Frau und Kind unterzubringen.

Es bedeutet für uns insgesamt ganz klar, dass es darum geht, Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht zu unterstützen. Sie haben erwähnt, dass die Stellungnahmen – insbesondere die von Frau Henschel – sehr hilfreich waren, um nachzuvollziehen, welche Lebensphasen Jugendliche durchmachen. Damit möchten wir nur beschreiben, dass wir vor Ort letztendlich dafür zuständig sind. Wir haben nicht die Möglichkeit, uns das zu wünschen, sondern wir sind darauf angewiesen, eine – wir nennen das so – passgenaue Hilfeweiteranbindung zu installieren. Dafür brauchen wir verbindliche Kooperationen. Dafür brauchen wir Strukturen. Das fehlt ganz klar.

Im ländlichen Raum merken wir auch – ich weiß, dass das keine Thematik im Antrag war, aber uns ist es sehr wichtig, das kurz zu erwähnen – die Wohnproblematik. Auch aus diesem Grund ist Second Stage entstanden. Trotzdem möchten wir kurz darauf hinweisen: Frauen mit Kindern in so einer Situation haben bei uns im Kreis Minden-Lübbecke kaum eine Möglichkeit, passgenauen oder angemessenen Wohnraum zu erhalten, weil sich Frauen prozentual öfter in einem Segment vom SGB II oder SGB XII befinden. Wir haben dementsprechend auch da einen Rahmen, wo wir Frauen auch anbinden können.

Ich glaube nicht, dass ich jetzt alle Fragen beantworten konnte. Trotzdem möchten wir dazu sagen, dass wir es als sehr wichtig empfinden, eine Offenheit dieser Konzepte

zu betrachten, also dass es nicht darum geht, zu sagen: Das ist Frauenhaus, das ist Akutschutz, das ist Intervention, und dann gibt es Primärprävention. – Das muss ineinandergreifen. Das meinen wir tatsächlich so. Wir brauchen verlässliche und verbindliche Kooperation.

Wir brauchen auch Qualifikation. Das hat Frau Henschel gerade auch angesprochen. In Espelkamp bekommen wir Gott sei Dank Personal, aber wir müssen Personal qualifizieren. Wir müssen traumasensibel und kultursensibel fördern und unterstützen – natürlich auch mit bestimmten Ressourcen. Auch das müssen wir berücksichtigen.

Ich würde jetzt gerne das Wort zur Praxis an Frau Stork geben. Es gab ja noch eine Frage, wie wir das mit den Jugendlichen und den Kindern direkt im Haus machen.

Sabrina Stork (Hexenhaus Espelkamp [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Einladung. Vielen Dank auch an die Vorrednerinnen. Es sind viele sehr wichtige Punkte genannt worden. Ich kann mich dem in vielem nur anschließen.

Wir haben jetzt auch schon ganz viel zu der Frage gehört, wie gute Vernetzung aussehen muss. Es ist mehrfach betont worden: Wir brauchen eine lückenlose Vernetzung. Wir brauchen verbindliche Kooperationen, damit es eben nicht an einzelnen Personen hängt. Das ist leider oft der Fall, und da kann man Glück haben, aber auch nicht.

Mir ist ganz wichtig, zu erwähnen, dass es auch eine klare Schnittstellendefinition braucht. Das heißt, die einzelnen kooperierenden Akteure im Hilfesystem müssen klar wissen: An welcher Stelle ist wer zuständig? An welchen Schnittstellen arbeite ich verbindlich mit welchem Kooperationspartner zusammen? Denn nur so kann das gut verzahnt stattfinden, ohne dass man irgendwelche Doppelsysteme installiert und es dann auch für die Familie komplizierter und für das System teurer macht, als es notwendig ist.

Ganz wichtig ist es da, dass man dieses Hilfefenster, was sich im Frauenhaus ergibt, gut nutzt. Hier ist Familie angekommen. Die Familie entscheidet sich dazu, weil sie den Schritt aus der Gewalt heraus gehen will. Sie hat das getan. Dieser Schritt in ein Frauenhaus ist sehr wichtig. Das ist der Schritt, denn sie haben die Gewaltsituation verlassen. Dann geht es um Perspektiven. Dafür steht das Hexenhaus. Unser Slogan ist: Perspektiven schaffen. Darum geht es uns. Das gelingt nur, wenn es auch eine Perspektive nach dem Frauenhausaufenthalt gibt, das heißt, wenn sowohl für Frauen als auch für Kinder klar ist: Was kann anschließen? Was brauchen wir noch? Wo finden wir Ansprechpartner? Das ist möglichst schon im Frauenhaus einzustielen, damit es lückenlos weitergehen kann.

Häufig ist es gerade bei uns im ländlichen Raum schwierig, diese Hilfen gut zu erreichen. Der öffentliche Nahverkehr ist häufig eher unzureichend ausgebaut. Die schon angesprochene Versäulung und bürokratische Hürden führen auch dazu, dass Hilfe zum Teil nicht so ankommt, wie sie es sollte, wie sich die Akteure das wünschen würden. Da ist es wichtig, dass das von der Zielgruppe her gedacht wird und es möglich ist, durch eine verbindliche und gute Kooperation diese Hürden kleinzuhalten.

Wir haben über Qualifizierung gesprochen. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt. Sie können unserer Stellungnahme entnehmen, dass wir Qualifizierung an Hochschulen für angehende Sozialpädagog*innen sehr wichtig finden, dass das aber weitergedacht

werden muss. Das darf nicht bei den Sozialpädagog*innen und bei den Hochschulen aufhören, sondern muss auch andere Studiengänge mitdenken, die auch wichtige Kontaktpersonen und Vertrauenspersonen für Kinder und Jugendliche in Gewaltsituationen ausbilden.

Auch die Erzieher*innen müssen mitgedacht werden. Wir haben bei uns im Hexenhaus eine Erzieherin in Vollzeit beschäftigt, die sich um die Kinder im Haus kümmert. Sie ist Ansprechpartnerin für die Kinder und Jugendlichen und natürlich auch für die Mütter, wenn es um Erziehungsfragen geht. Erzieher*innen müssen, wenn sie in einem Frauenhaus tätig sind – das haben wir auch schon gehört –, kultursensibel, geschlechtersensibel und traumapädagogisch geschult sein, aber auch im Umgang mit dieser großen Altersspanne. Denn wir haben Kinder und Jugendliche von 0 bis 17 im Haus.

Es braucht Personal, das flexibel auf die unterschiedlichen Bedarfe der Altersgruppen, Kulturen und Geschlechter eingehen kann, um auch zu schauen, welche Bedarfe es auch nach dem Frauenhausaufenthalt gibt. Diese Person muss sich gut auskennen, was die Hilfelandschaft angeht, und diese Person muss die wichtigen Kooperationen, von denen wir heute so oft gesprochen haben, natürlich auch aufbauen und pflegen. All das braucht Ressourcen.

Zuletzt würde ich gerne noch berichten – die Frage ist gestellt worden –, wie die Kinder in den Häusern miteinander umgehen. Das ist eine sehr schöne Frage, und ich möchte gerne darauf eingehen. Wir bieten sowohl Einzelsettings als auch Gruppensettings für die Kinder und Jugendlichen im Haus an. Dort können wir gut beobachten, wie wertvoll der Kontakt der Kinder untereinander ist. Die Anbindung von Kindern an Kitas und von Jugendlichen an Schulen ist sehr wichtig. Das sehen wir absolut auch so. Das ist ein Stück Normalität. Aber der Kontakt zwischen den Kindern hier im Haus ist vielleicht noch ein bisschen ein anderer, weil die Kinder wissen, dass alle ähnliches erlebt haben und dass es in Ordnung ist, miteinander darüber zu sprechen. Es entstehen zum Teil Freundschaften im Haus. Das freut uns sehr, und wir freuen uns vor allem, wenn Kinder ähnlichen Alters da sind. Die Erzieherin beobachtet häufig, dass so ein Gruppen-setting durchaus informativer für die Pädagogin sein kann als ein Einzelsetting, weil die Kinder untereinander ins Gespräch gehen. Das zeigt, wie wichtig das für die Kinder ist, dass sie sich untereinander austauschen können.

Ich hoffe, ich habe alle Ihre Fragen verständlich beantworten können.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr: Die vorgesehene Stunde ist schnell vergangen. Wir bitten die Abgeordneten, eventuell noch offene Fragen direkt an die Adressatinnen zu senden.

Ich danke allen Expertinnen herzlich, dass Sie heute unseren Blick dafür erweitert haben, welche Angebote für die Kinder und Jugendlichen im Frauenhaus wichtig und nötig sind, und auch deutlich gemacht haben, wo Sie Veränderungen seitens der Politik erwarten. Ich habe mehrmals das Wort „Versäulung“ gehört; das spielt bei Anhörungen immer wieder eine Rolle. Vielen Dank für Ihre Expertise und Ihre Anregungen.

2 Junge Elternschaft fördern – Vereinbarkeit von Familiengründung und Ausbildung in die Tat umsetzen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13400
Stellungnahme 17/4298 (Neudruck)
Stellungnahme 17/4400
Stellungnahme 17/4392
Stellungnahme 17/4396
Stellungnahme 17/4399

(Überweisung des Antrages an den AGF – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 28.04.2021)

Vorsitzende Regina Kopp-Herr verweist auf die durchgeführte schriftliche Anhörung und die vorliegenden Stellungnahmen. Für die heutige Sitzung sei die Auswertung der schriftlichen Anhörung und die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen. Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe am 17. November den Antrag beraten und den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) bezeichnet die Stellungnahmen der unterschiedlichen Sachverständigen als sehr aufschlussreich. In allen Stellungnahmen sei ein gemeinsamer Nenner zu finden gewesen: In der Tat sei es für junge Paare schwieriger, Eltern zu werden. Die Elternschaft stelle die jungen Menschen vor große Herausforderungen. Auch pro familia habe eingeräumt, dass es Aufgabe der Politik sei, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familienplanung in allen Lebensphasen möglich sei.

Einen Aspekt habe pro familia aufgebracht aus den Beratungsgesprächen, dass sich häufig Männer mit Mitte 30 noch nicht reif fühlten für die Familiengründung. Das habe einen neuen Aspekt aufgebracht. Offensichtlich habe man es mit einer eklatanten Reifeverzögerung bei den jungen Männern zu tun. Unabhängig davon habe die Handwerkskammer darauf hingewiesen, dass es zwar das Instrument der Teilzeitausbildung gebe, was allerdings nur selten genutzt werde, wobei junge Paare mit einer Ausbildungsvergütung in der Regel auch nicht das Auskommen hätten, um ein ausreichendes Einkommen für die Familie sicherzustellen. Ergänzende Transferleistungen seien notwendig. Das sei auch der „Dschungel“, der auch in anderen Debatten angesprochen werde.

Schlussendlich sei es nicht einfach, in dieser Lebensphase Familie zu gründen. Das habe sich durch alle Stellungnahmen gezogen, auch wenn sie zu unterschiedlichen Schlüssen gekommen seien. Sie appelliere an Politik, die die Aufgabe habe, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gehe nicht darum, wie es in der Debatte bedauerlicher-

weise verächtlich von Ministerin Heinen-Esser dargestellt worden sei, quasi solle das der Beitrag zum Girls' and Boys'Day von der AfD sein, jungen Frauen auch eine Mutterschaft ans Herz zu legen.

Junge Paare, die Eltern werden wollten, müssten das können, ohne dadurch eklatante Nachteile zu erfahren. Die Stellungnahmen hätten aufgezeigt, dass es ein Hemmnis sei, wenn man Schwierigkeiten in der Ausbildung habe, kein auskömmliches Einkommen habe, vor vielen finanziellen und sozialen Problemen stehe. Diese Hemmnisse sollte man angehen. Vor diesem Hintergrund bitte sie um Zustimmung.

Charlotte Quik (CDU) verweist auf die Aussprache im Plenum. Dort sei die Position der CDU vorgetragen worden. Die Anhörung habe zu keinen neuen Erkenntnissen geführt. Insgesamt verbleibe der Eindruck, dass der Antrag ein irritierendes Familienbild, Frauenbild und nach den Ausführungen heute auch ein irritierendes Männerbild vermittele. Insofern werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Josefine Paul (GRÜNE) schließt sich der Vorrednerin an. Frau Ministerin Heinen-Esser habe nicht darauf abgehoben, dass junge Paare nicht unterstützt werden sollten, sondern sie habe darauf abgehoben, dass in dem Antrag beispielsweise durch Formulierungen wie „die Ursachen für diese jahrzehntelangen Fehlentwicklungen sind vielfältig, der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln...“ etc. In dem Antrag werde ein Rollenbild, ein Familienbild, ein Verständnis von Modernität zugrunde gelegt, dem sich weder Frau Heinen-Esser als Ministerin in Vertretung noch ihre Fraktion anschließen könnten. Dementsprechend sei der Antrag nur abzulehnen, auch wenn er an manchen Stellen Dinge enthalte, die vielleicht zu unterstützen wären. Der Fließtext des Antrags entlarve, worum es der AfD wirklich gehe. Das sei ein Zurück zu einem Gesellschafts-, Familien- und Frauenbild, das hier im Saal hoffentlich keiner ansonsten teile.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/13400 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14908

Ausschussprotokoll 17/1630

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Integrationsausschuss am 08.09.2021)

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt an, der federführende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen habe eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Der federführende Ausschuss werde am 09.12. seine Beratung mit der Beschlussempfehlung an das Plenum abschließen. Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen werte die Anhörung heute aus und könne ein Votum an den federführenden Ausschuss abgeben.

Anja Butschkau (SPD) hat die Information, dass noch Beratungsbedarf im zuständigen AHKBW sei. Sie bitte, den Gesetzentwurf ohne Votum zu schieben.

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen gibt kein Votum zu dem Gesetzentwurf Drucksache 17/14908 ab.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft muss sich auf der Bühne und seinen Strukturen abbilden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779

Ausschussprotokoll 17/1514

5 Aufbau von Muttermilchbanken, um die Gesundheit von Frühgeborenen durch nachhaltige Bereitstellung von Spender-Muttermilch sicherzustellen

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/14071

Ausschussprotokoll 17/1516 (Anhörung vom 27. August 2021)

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – und an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 17. Juni 2021)

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt an, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen habe sich nachrichtlich an der Anhörung beteiligt. Der federführende Ausschuss werde in der Sitzung am 08.12. die abschließende Beratung und Abstimmung des Antrags durchführen. Der Ausschuss habe heute die Gelegenheit, ein Votum zu diesem Antrag abzugeben.

Susanne Schneider (FDP) gibt an, an ihrem Strahlen sehe man, dass das Thema eine Herzensangelegenheit von ihr sei. Der AGS habe eine Anhörung durchgeführt. Das Votum der Experten zu diesem Antrag sei einstimmig gewesen.

Fest stehe, dass nicht alle Frauen aus der Situation heraus in der Lage seien, ihre Kinder zu stillen. Da sei es sehr schön, dass es Frauen gebe, die sich bereit erklärten, ihre Muttermilch zu spenden. Problem sei, dass nicht alle Krankenhäuser, vor allem nicht die mit großen Frühchen-Abteilungen, bisher eigene Muttermilchbanken hätten. Das solle ausgeweitet und verstetigt werden. Niemand werde widersprechen, wenn sie sage, Muttermilch sei das Beste, was ein Baby bekommen könne. Das wolle man für die Babys, für die Frühchen und die Mütter in diesem Land. Sie werbe um Zustimmung zu dem Antrag.

Anja Butschkau (SPD) legt dar, Frau Schneider habe auf die sehr ausführliche Anhörung des AGS hingewiesen. Es sei eindeutig, dass es ganz wichtig sei, dass es Muttermilchbanken gebe. Allerdings seien in der Anhörung auch zwei Hürden deutlich geworden. Das seien zum einen die finanziellen Probleme, die es bei der Errichtung von Muttermilchbanken gebe, zum anderen sei das die Einordnung und Handhabung von Muttermilchbanken. Dass es in anderen Bundesländern, beispielsweise in Bayern und Niedersachsen, möglich sei, die Muttermilch als Lebensmittel einzustufen, zeige, dass NRW gucken müsse, dass es eindeutiger geregelt sei. Ansonsten sei sie ganz bei der Kollegin Schneider, die auf die Bedeutung von Muttermilch hingewiesen habe. Ihre Fraktion werde sich dem Antrag anschließen.

Josefine Paul (GRÜNE) hält fest, Kollegin Butschkau habe gerade die Dinge dargestellt, die weiter zu beraten wären, um die letzten Klippen noch zu umschiffen. Sie

könne sich noch an die Einbringung des Antrages im Plenum erinnern, als der Gesundheitsminister betont habe, dass ihm dieses Thema bis dato noch gar nicht so im Bewusstsein gewesen sei, dass es aber aus seiner Sicht – dem schließe sie sich an – kein Zustand sei, dass man da eine derartige Versorgungslücke in Nordrhein-Westfalen habe. Ihre Fraktion schließe sich dem Antrag an. Es sei ein absolut wichtiges Anliegen. Die Fragen, die zu klären seien, seien beschrieben. Bei einer derart breiten Zustimmung sei auch seitens des Gesundheitsministeriums sehr viel Sensibilität dafür da, auch diese Hürden aus dem Weg zu räumen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) schickt voraus, ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen, auch nach Rücksprache mit dem Mediziner Dr. Vincentz, der gesagt habe, das Projekt sei auf jeden Fall absolut richtig und förderungswürdig. Unabhängig davon wisse sie als Mutter mit einem Säugling, der medizinisch habe behandelt werden müssen und im Krankenhaus gelegen habe, aus eigener Erfahrung, wie schwierig es sein könne, wenn Kinder nicht normal gestillt werden könnten. Nicht nur aus medizinischer Sicht, sondern auch aus eigener Erfahrung unterstütze sie den Antrag.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14071 einstimmig zu.

6 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Kinder, Familie und Jugend – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 01.07.2021)

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt an, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen habe sich an der Anhörung am 02.11.2021 nachrichtlich beteiligt. Heute könne der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen die Auswertung durchführen und ein Votum an den federführenden Ausschuss abgeben.

Josefine Paul (GRÜNE) führt aus, ihre Fraktion habe einen sehr breit gefächerten Antrag vorgelegt, der sich den unterschiedlichen Aspekten professioneller Care-Arbeit widme, also den Fragestellungen aus dem medizinisch-pflegerischen Bereich, aber auch der Frage von erzieherischen Berufen, sozialpädagogischen Berufen etc. Sie verweise auf die durchgeführte Anhörung mit dem AFKJ und dem AGS.

Es sei deutlich geworden, dass diejenigen, die in diesen Berufsbereichen unterwegs seien, das mit einer hohen Leidenschaft und mit viel Überzeugung, aus Berufung heraus machten. Das führe allerdings in der Praxis dazu, dass sie gerade, weil es um die Arbeit mit Menschen und an Menschen gehe, oftmals an die Belastungsgrenzen und darüber hinaus gingen. Das könne man in der aktuellen Coronasituation einmal mehr sehen. Das habe sich sehr deutlich gezeigt in den letzten mehr als 22 Monaten, ob das nun das Alles-Geben in den Kindertageseinrichtungen sei, ob es in der Altenpflege sei, in den Krankenhäusern, aber auch wenn man auf die Situation beispielsweise in den Allgemeinen Sozialen Diensten schaue.

Überall sehe man ein hohes Engagement. Bekannt sei beispielsweise aus der Befragung des Bundesministeriums für Familie, dass sich viele junge Menschen vorstellen könnten, entweder in einen erzieherischen oder in einen pflegerischen Beruf zu gehen. Das sei eine gute Nachricht. Roundabout 50 % beantworteten diese Berufswahl mit Ja, die einen wollten mehr in den erzieherischen Teil, die anderen mehr in den pflegerischen Teil. Dass am Ende vergleichsweise wenige junge Menschen in diesen Bereich einmündeten – Fachkräftemangel –, zeige eindeutig, dass man mehr tun müsse, um diesen Berufsbereich attraktiver zu gestalten, und vor allem, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Neben der Bezahlung – auch ein ganz entscheidender Punkt – spielten die Arbeitsbedingungen und die Frage der Entwicklungsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle. Das seien Dinge, an denen man arbeiten müsse.

Deswegen gebe es eine Reihe von Punkten, die auch in diesem Antrag aufgeführt würden, damit man neue Fachkräfte für diese Berufsbereiche gewinne, aber gleichzeitig diejenigen, die es in diesen Bereichen gebe, dort auch halten könne. Daneben müsse es auch um die Frage gehen, wie man die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern könne. Es gebe keine One-size-fits-all-Lösung für die Frage der Fachkräfteproblematik. Man brauche ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Sie werbe noch einmal eindrücklich um die Zustimmung. Sie glaube, die Problematik sei allen bewusst, dass es keine One-size-fits-all-Lösung geben. Aber einen Schritt gemeinsam zu gehen, um damit voranzukommen, das wäre schon einmal sehr gut. Sie bitte, sich dem Antrag anzuschließen.

Anja Butschkau (SPD) legt dar, Frau Paul habe eindrücklich das beschrieben, was im Antrag dargestellt werde und was man eigentlich auch wisse, nämlich dass die Situation in der Pflege, in den professionellen Care-Berufen sehr angespannt sei und sich unter Corona noch einmal verschärft habe. Da müsse man dringend etwas tun, nicht nur bei der Bezahlung, sondern auch bei den Arbeitsbedingungen, weil es sonst dazu führen könne, dass man die Fachkräfte nicht mehr bekomme, die man brauche, und dass die Menschen, die in den Bereichen tätig seien, ausbrennen würden.

Ihre Fraktion sei mit der Situationsbeschreibung völlig d'accord und teile die Einschätzung. Allerdings werde ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen können, weil er neben vielen wichtigen und richtigen Forderungen und Maßnahmen auch beschreibe, dass die Gründung einer Pflegekammer wohlwollend begleitet werden solle. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass eine Pflegekammer nicht die Erwartungen erfüllen werde, die viele an sie stellen würden. Wenn dann auch die Akzeptanz unter den Pflegekräften fehle, werde das sehr schnell zu Frust führen. Deshalb wolle man die Entscheidung über die Einführung einer solchen Kammer in die Hände aller Pflegekräfte geben. Sie fordere eine Urabstimmung. Vor dem Hintergrund könne ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, sondern lehne ihn ab.

Susanne Schneider (FDP) findet den Antrag spannend. Sie wisse nicht, der wievielte Care-Antrag das jetzt sei, über den in dieser Legislaturperiode debattiert werde. Das sei ein Thema – da sei sie Frau Paul dankbar –, über das der Ausschuss immer wieder reden sollte, auch um das Thema in das Bewusstsein der Menschen zu bringen.

An Frau Butschkau gewandt, fährt Frau Schneider fort, das Gesetz zur Pflegekammer sei beschlossen. Die Pflegenden hätten sich mehrheitlich für eine solche Kammer ausgesprochen. Es gebe zwar eine Petition mit 20.000 Stimmen dagegen, es gebe aber auch eine mit 40.000 Stimmen dafür. Das sei geschenkt. Sie freue sich, dass die Kammer endlich eine Vertretung bekomme, dass man mit den Menschen spreche – und nicht nur über sie.

In dem Antrag der Grünen stünden viele Dinge drin. Man wolle die Berufe aufwerten, das sei toll, das finde sie auch gut. Dann werde von Pflege-Offensive, einer Kita-Offensive gesprochen. Das sei doch alles schon gelaufen. Sie sei jetzt nicht im Kinder- und Jugendausschuss, aber das Kita-Alltagshelferprogramm sei landesweit bekannt. Es sei auf große Anerkennung gestoßen, dass man hier entlaste. In der Pflege sei es

noch extremer. Natürlich gebe es eine Pflege-Offensive. Es seien noch nie mehr Pflegekräfte ausgebildet worden als momentan. Die einjährige Ausbildung sei gestärkt worden, dass da schnell Menschen, die vielleicht auch die Sprache nicht sprächen, in diesen Beruf hineinkämen. Das Schöne sei, dass man jetzt auch Geld für die Ausbildung bekomme, was in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei.

Eine einjährige Ausbildung werde monatlich mit rund 1.000 Euro vergütet. Das sei für eine Ausbildungsvergütung nicht wenig Geld, für eine dreijährige Ausbildung gebe es im ersten Jahr 1.100 Euro, im zweiten 1.200 Euro, im dritten 1.300 Euro. Sie glaube nicht, dass man da sagen könne, die Pflege werde generell schlecht bezahlt. Die Pflege brauche mehr Zuverlässigkeit, was die Arbeitsplanung betreffe. Sie brauche Dienstpläne, auf die man sich verlassen können müsse. Da sei sie völlig bei Frau Paul. Im Bereich Ausbildungsinitiative sei viel passiert. Der Antrag enthalte zwar ein paar nette Sachen, vor allem die Pflegekammer. Ansonsten sei er nicht zustimmungsfähig.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Drucksache 17/14256 mit den Stimmen der
Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Kompetenzzentren Frau und Beruf (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6082

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht, der 24 Stunden vor der Ausschusssitzung vorgelegen habe. Er sei jetzt nicht so umfangreich, dass sie es nicht mehr hätte lesen können. Aber diese Anmerkung sei ihr erlaubt.

Die gute Nachricht vorweg: Mit dem im Bericht beschriebenen Umgang der Restmittel aus dem EFRE-Programm schein es zumindest für einen gewissen Teil der Projekte möglich zu sein, bis Oktober eine Anschlussfinanzierung zu bekommen. Da schließe sich unmittelbar die Frage an, von wie vielen Kompetenzzentren bekannt sei, die davon Gebrauch machen würden. Zwar werde in der Vorlage beschrieben, dass Projekte weitergeführt werden könnten, die aufgrund von Corona nicht hätten zu Ende geführt werden können, oder jetzt überhaupt erst gemacht werden sollten. Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten. Davon würden sicherlich auch die einen oder anderen Gebrauch machen.

Sie frage, wie derzeit der Gesprächsstand mit den Kompetenzzentren sei, um ihnen gegenüber zu signalisieren, was die Voraussetzungen seien, wann eine mögliche Weiterförderung in Aussicht sei. Dann wüsste sie gerne, wie auch der Gesprächsstand mit den Kompetenzzentren sei, von denen auszugehen sei, dass sie entweder keine Projektförderung zur Fortsetzung beantragen würden, oder bei denen davon auszugehen sei, dass sie möglicherweise auch keine bekommen würden. Sie wüsste gerne, wie da der Sachstand sei. Sie nehme schon wahr, dass es eine erhebliche Verunsicherung gebe. Es würde sicherlich erst einmal helfen, wenn durch diese Restmittelverausgabung da eine gewisse Planungssicherheit geschaffen würde.

Vielleicht habe sie es nicht gelesen. Sie wüsste gerne, ob sich aus den vorhandenen Restmitteln ergebe, dass theoretisch auch alle 16 Kompetenzzentren Berücksichtigung finden könnten, so sie denn ein Projekt einreichen würden und eine Weiterförderung beantragen würden.

Dann habe sie Fragen dazu, wie es konkret weitergehen solle. Im zweiten Teil der Vorlage werde beschrieben, was die Überlegungen des Ministeriums seien. Da heiße es, berufliche Gleichstellung erreichen, Potenziale entwickeln, Vorbilder schaffen – auf dem Weg hin zu einer tatsächlichen Gleichstellung. Das höre sich toll an, aber konkret vorstellen könne sie sich dahinter noch nichts. Sie frage, wer die Ziele formuliere. Landesweit sollten gültige Ziele formuliert werden. Sie frage, an wen sich die Ziele richteten, wie diese Ziele und deren Messbarkeit unter Einbindung des Themas Diversität umgesetzt werden sollten. Das begrüße sie grundsätzlich. Sie wüsste gerne, was das konkret bedeute, mit welchen Akteuren man an der Stelle im Gespräch sei und wie, aufsetzend aus den Erfahrungen mit den Kompetenzzentren, das Thema Diversität implementiert werden solle.

Zu den auf Seite 4 der Vorlage vorgestellten Clustern habe sie eine Frage. Da solle ein zuwendungsrechtlicher Wettbewerb initiiert werden. Sie frage, wer sich daran beteiligen könne, was Wettbewerb überhaupt heiße, was die Projekte seien, welcher Umfang und welche Art von Weiterentwicklung der schon vorhandenen Sätze sich dahinter verbürgen. Das solle administriert werden über eine Geschäftsstelle und einen ehrenamtlich arbeitenden Beirat aus Wirtschaft und Wissenschaft. Da interessiere sie, in welcher Art und Weise die dort über Jahre gemachten Erfahrungen der Kompetenzzentren in irgendeine dieser Strukturen mit Eingang finden sollten.

Anja Butschkau (SPD) hat Fragen, die in die gleiche Richtung gingen wie die von Frau Paul. Sie wüsste gerne, wie der Status quo der Kommunikation mit den Kompetenzzentren sei, ob sie informiert seien, ob es eine Rückmeldung darüber gebe, wie viele sich beteiligen würden. Sie habe die Einschätzung, dass der Aufwand für die Beantragung im Vergleich zu den sechs Monaten Laufzeit doch sehr groß sei. Sie frage, ob es einen Eindruck gebe, wie viele Kompetenzzentren sich beteiligen würden, und ob die Mittel ausreichen würden, wenn sich alle 16 beteiligen würden.

Dann habe sie eine Frage zu der Zukunft, was nach den sechs Monaten passiere, ob Frau Jägers dazu auch noch etwas sagen könne.

Dann habe sie eine Frage zu der Skizze des Konzepts, wie man sich in Zukunft eine betriebliche Gleichstellungsstrategie vorstelle. Sie habe das nicht wirklich verstanden. In dem Bericht heiße es, dass HandlungsträgerInnen gerne auch im Verbund gefunden werden sollten, Netzwerke sollten sich entlang von Themenclustern bilden. Das klinge alles sehr schön. Ihr fehle da aber ein bisschen die Substanz. Sie würde interessieren, wie die Netzwerke und die Kontakte in das neue Konzept eingebunden werden sollten, wer als möglicher Handlungsträger angedacht werde.

Eines sei ihr aufgefallen: Sie bekomme den Eindruck, dass Gleichstellung marktkonform zu sein habe. Wenn sie lese, dass das besondere Augenmerk auf der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Unternehmen liege, frage sie sich, ob dieser Bericht sich wirklich um das Thema Frau und Beruf drehe, oder ob sie im falschen Ausschuss sitze.

MDgt'in Diane Jägers (MHKBG) führt aus, Frau Paul habe gefragt, wie viel Kompetenzzentren Gebrauch machen würden, wie der Sachstand, wie der Gesprächsstand sei. Inzwischen habe ein Termin mit allen Kompetenzzentren stattgefunden, ganz offiziell und formal, unter Leitung des Herrn Staatssekretärs. Da seien die Kompetenzzentren und die Trägerorganisationen noch einmal darüber informiert worden, dass das EFRE-Programm auslaufe. Das sei wichtig, weil es bisher noch keine offizielle Mitteilung an das Ministerium gebe, sondern es gebe allein im EFRE-Begleitausschuss den Diskussionspunkt aus März dieses Jahres und den Protokollhinweis. Wenn man sehe, wie sich das ganze Geschehen inzwischen formatiere, dann müsse man fest davon ausgehen, dass diese Förderung tatsächlich auslaufe.

Das Ministerium habe die Kompetenzzentren nachgehend noch einmal angeschrieben, um deutlich zu machen, wie der weitere Fortgang bis Oktober 2022 sein werde. Das passiere wie folgt: Nach wie vor werde das Ganze umgesetzt durch die Bezirks-

regierungen. Sie seien auch informiert. Da hätten entsprechende Gespräche stattgefunden. Man wisse von einem Kompetenzzentrum, dass es nicht beabsichtige – sie komme zur Aufklärung eines Missverständnisses, das vielleicht im Raum gewesen sei. Es sei deutlich beschrieben worden, dass es nicht darum gehe, irgendwelche neuen Anträge zu stellen. Es gehe darum, begonnene Projekte fortzusetzen. Dafür brauche man keine Anträge, dafür brauche man nur eine Begründung. Deshalb sei der Aufwand übersichtlich. Man brauche eine Begründung, warum etwas nicht fertiggestellt werden können. Dann liege das auf der Hand. Es müsse für die Akten beschrieben werden, weil bestimmte Veranstaltungsformate coronabedingt nicht hätten durchgeführt werden können oder weil es andere Hinderungsgründe gegeben habe – das sei allerdings passiert, bevor die vierte Welle den Aufschub genommen habe, man müsse gucken, wie es weitergehe –, wie sie dann bis Oktober 2022 fertiggestellt werden könnten.

Es sei nicht die Frage, ob das Geld reiche. Man habe extra gesagt, das Einzige, was sich verändere, sei der Fertigstellungszeitraum, der Abschlusszeitraum, aber nicht die zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Die Konditionen für die Finanzierung – das sage sie bewusst, das sei deutlich gemacht worden, auch wenn auf dem Ohr manches Kompetenzzentrum nicht habe hören wollen – blieben die gleichen. Es sei eine kostenneutrale Verlängerung. Man bringe das Geld auf, was nicht verausgabt worden sei. EFRE bringe das Geld auf, was nicht verausgabt worden sei. Dafür habe man auch eine schriftliche Zusage. Die Kommunen müssten das Geld aufbringen, was sie als Eigenanteil ebenfalls nicht verausgabt hätten, und dann jetzt ins nächste Jahr prolongieren müssten. Da gebe es noch Abstimmungsbedarf und Unterstützungsbedarf, den das Ministerium sehr gerne leiste.

In einem Kompetenzzentrum deute sich an – das sei ihr signalisiert worden –, sie hätten alles fertig bekommen. Sie hätten das Problem nicht und wollten jetzt aber auch bis Oktober weiterarbeiten und quasi neue Mittel erhalten. Das könne man nicht.

Wenn Ende Januar, wenn alle Kompetenzzentren bei den Bezirksregierungen annonciert hätten, ob sie weiterarbeiten möchten, wenn es da Kompetenzzentren gebe, die sagen würden, man mache nicht weiter, weil sie beispielsweise schon die Arbeit eingestellt hätten – es gebe Kompetenzzentren, die seien in der Auflösung begriffen, aus ganz bestimmten Gründen, die weniger mit der Förderung zu tun hätten als mit anderen Umständen, über die sie nicht in öffentlicher Sitzung sprechen könne; wenn da also Gelder übrig blieben, könne man sich Gedanken machen, ob man mit denen irgendwie anders umgehen könne. Sie fürchte, das bekomme man bis Ende Oktober gar nicht hin.

Denn all das, was dann komme, unabhängig davon, ob man das haushalterisch dürfe – das wäre ein Windhundverfahren –, werde relativ kompliziert. Das seien die Rahmenbedingungen. Zuständig seien wie immer die Bezirksregierungen. Es müsse begründet werden, warum bisher ein Projekt nicht fertiggestellt werden können. Es könnten keine neuen Projekte angenommen werden. Das Ganze müsse zum 31. Januar bei den Bezirksregierungen angekommen sein. Dann gebe es keine Neubewilligungsbescheide, sondern Änderungsbescheide. Der Abrechnungszeitraum, die Frage der Abrechnung dieser Förderung, liege bei Ende des nächsten Jahres beziehungs-

weise drei Monate nach Abschluss des verlängerten Förderzeitraums, dann Ende Januar 2023.

Noch einmal wichtig, damit das auch weiterkommuniziert werden könne: Es gebe kein neues Geld, kein frisches Geld. Es werde das zu Ende gebracht, was nicht habe vollendet werden können. Deshalb könnten auch keine neuen Projekte aufgelegt werden und keine neuen Anträge gestellt werden.

Die allermeisten Kompetenzzentren nähmen das sehr dankbar auf, weil sie dann tatsächlich noch Dinge fertigstellen könnten, die sie angefangen hätten, aber nicht zu Ende gebracht hätten. Sie könne gut verstehen, dass es eine Enttäuschung bei den Kompetenzzentren gebe, die kein neues Projekt mehr anfangen könnten und auch gern in dem Strom mitschwimmen wollten. Das sei nicht möglich, weil kein frisches Geld zur Verfügung stehe. Die Fragen zum Übergang Kompetenzzentren habe sie damit mitbeantwortet. Sie komme zu der Frage, wie das weitergehe.

Das, was in dem Bericht dargestellt werde, sei in der Tat eckpunkteartig. Man habe einen Arbeitsprozess im Haus durchgeführt mit Unterstützung von Externen – die Ministerin habe beim letzten Mal den Workshop aus September letzten Jahres angesprochen, auf dem in Begleitung von Kompetenzzentren, großen und kleinen, Unternehmerinnen und Unternehmern darüber nachgedacht hätten – damals habe es das Gerücht gegeben, dass die EFRE-Förderung auslaufen solle –, wie es weitergehen könne mit der Frage Erreichung beruflicher Gleichstellung. Das gucke man sich aus zwei Perspektiven an, aus der Perspektive der kleinen und mittelständischen Unternehmen – das seien bisher Adressatinnen und Adressaten der Maßnahmen der Kompetenzzentren gewesen – und aus der Sicht von Männern und Frauen.

Der Bereich Care-Berufe, der ausdrücklich aufgenommen werde, werde sich in seiner Ausgestaltung vorrangig an junge Männer richten mit der Fragestellung, was sie motivieren könne, in männeruntypischen Berufen tätig zu werden, sich ausbilden zu lassen. Dabei werde herauskommen, wie Rahmenbedingungen verändert werden müssten, damit es für junge Männer und Jungen attraktiv sei. Die meisten könnten sich selbst beantworten, was dabei rauskommen werde.

Natürlich gehe es auch darum, die Position von Frauen im Erwerb deutlich zu stärken und Barrieren in den Köpfen derjenigen, die Arbeitsplätze vergeben würden, abzubauen. Man habe zu all diesen Clustern schon einmal definiert, zusammen mit den Expertinnen und Experten, was die Ziele sein sollten in den einzelnen Bereichen. Zum Beispiel gehe es im ersten Cluster Female Start-Up nach den Vorstellungen zunächst einmal um vier bis fünf Meilensteine, ein Gründungsklima für Frauen zu schaffen, zu sensibilisieren, dass sich Gründungen von Unternehmen für Frauen lohnten. Es gehe darum, Netzwerke zu gestalten für Unternehmensgründungen. Die Idee sei, anders als bisher, keine analogen Veranstaltungen vor Ort dafür durchzuführen, was die Unternehmensgründerinnen nach den Erfahrungen damit bereits befasster Kompetenzzentren auch nicht so sehr wollten; sie wollten – das werde in dem Schaubild dargestellt – eine schnelle kompakte umfassende Information, was auf sie zukomme, wenn sie sich dem Gedanken, ein Unternehmen zu gründen oder eines übernehmen zu wollen, näherten.

Das heiße im Klartext, die Frau, die sich mit dem Gedanken befasse, gucke auf diese Plattform, die dann entstehen solle. Da werde es im Schwerpunkt vor allem um die Frage der Vergabe von Bankkrediten gehen – denn das sei eines der Haupthinder-nisse für die Unternehmensgründung –, aber auch um viele andere Positionen. Die entsprechenden Adressen und Netzwerke würden hinterlegt, wo es die Informationen gebe. Es solle dann innerhalb dieses Clusters auch eine Austauschsituation geschaf-fen werden, wo sich Frauen in gleicher Situation untereinander informierten, stärkten, voneinander lernen würden über in der Regel auch digitale Formate. In dem neuen Modell werde es wenig Analoges geben, weil das dann nicht mehr landesweit wirke. So werde das durch alle Cluster gehen, die man vorstelle, all das, was es zu der sehr umfangreichen Arbeit gebe für kleine und mittelständische Unternehmen.

Der Bereich SAGE sei neu durchdacht worden, auch mit der Definition von Zielen und der Idee, was dabei Hilfreiches rauskommen könne, wenn junge Menschen sich dafür interessierten, den Beruf des Erziehers, Krankenpflegers oder Grundschullehrers zu erlernen, was die Perspektiven seien, was sich mit diesen Berufen verbinde, an wen man sich wende, wenn man dazu Näheres brauche, mit wem man sich austausche, um sich zu stärken, wenn der Beruf für einen in Frage komme.

Es sei gefragt worden, wie das in Projekte umgesetzt werde, wo die Handlungsträger hinkmen. Im Haushalt sei dafür eine Summe von etwa 2,7 Millionen Euro hinterlegt worden. Alles, was man mit dem Geld mache, müsste ausgeschrieben werden oder in einem Wettbewerb vergeben werden. Das werde man in einzelne Lose einteilen und werde die einzelnen Cluster ausschreiben, in einen Wettbewerb geben, und zwar breit in die Landschaft hinein. Natürlich würden auch die heutigen Kompetenzzentren davon erfahren. Es würden aber auch andere davon erfahren, weil dieser Wettbewerb ent-sprechend annonciert werde. Die Ziele würden hinterlegt, die Ergebniserwartungen mit all den Controlling-Bausteinen, die es dazu gebe. Die Projekte und Konzepte sollten von denjenigen kommen, die sich darauf für drei bis vier Jahre bewerben würden, die-ses Cluster bearbeiten zu wollen mit einem jährlichen Ansatz von ungefähr 300.000 Euro pro Jahr. Wer dann das beste Konzept vorstelle, werde dieser Hand-lungstrger werden, der das Ganze umsetze.

Das gehe also frei in die Landschaft hinein. Damit das Ganze funktioniere, solle es die Geschäftsstelle geben, die den Wettbewerb organisiere, die auch organisiere, wie der Wettbewerb ausgewertet werde, und die sich darum kümmere, dass hinterher die Handlungsträger auch arbeitsfähig seien.

Die Vorstellung wäre, im Bereich Female Start-Up gebe es heute Kompetenzzentren, die eine gewisse Expertise hätten. Es gebe aber auch andere, Industrie- und Handels-kammern zum Beispiel, in der Trgerrolle dieser Kompetenzzentren, die eine Expertise hätten, dass sich da ein Verbund von Handlungsträgern zusammenfinde und sage, weil sich das im Wesentlichen digital abspiele, komme man zusammen und gründe eine Arbeitsgemeinschaft, die sich vier Jahre um dieses Thema kümmere und die Ver-antwortung dafür übernehme, dass alles, was da unternommen werde – ein paar For-mate seien im Bericht benannt –, so aufgearbeitet sei, dass es hinterher über die digi-tale Plattform von hohem Nutzen für alle sei, die sich mit diesen Themen befassten, vor allen Dingen bei den nachfragenden jungen Menschen.

Was den Beirat angehe, da müsse man noch darüber sprechen, wer da sinnvollerweise als geborenes Mitglied hineingehe. Jedenfalls wären das auch Personen, die hier mit zugearbeitet hätten, die sich intensiv Gedanken gemacht hätten, die auch aus der Landschaft, der Träger, heute schon Leitungen der Kompetenzzentren gekommen seien. Das werde aber ausdrücklich nicht in einem großen Verfahren ausgeschrieben. Man habe diejenigen zusammengeholt und immer wieder befragt, von denen man glaube, dass sie da sehr hilfreich gewesen seien, um das Ganze mit Inhalt zu füllen.

Josefine Paul (GRÜNE) erwidert, das habe an der einen oder anderen Stelle einiges klarer gemacht. Sie würde sich wünschen, dass das auch in den Vorlagen stehe, was Frau Jägers gerade erläutert habe. Sie bedanke sich für die Erläuterungen. Bei dem, was Frau Jäger zum Schluss erläutert habe, klinge das alles sehr hip, modern und nach vorne gewandt. Sie könne sich aber unter vielen Punkten nach wie vor nicht so richtig viel vorstellen.

Allerdings habe sie die Befürchtung, dass viel von dem Fachwissen, was sich jetzt über Jahre über die Kompetenzzentren angesammelt habe, schlicht und ergreifend ein Stück weit verlorengehen werde, weil die Strukturen so nicht beibehalten würden. Darüber könne man streiten. Das, was Frau Jägers hier vorschlage, sei etwas vollkommen anderes. Das betreffe auch vollkommen andere Akteure. Wenn sie Frau Jägers richtig verstehe, könnten es auch die gleichen Akteure sein, wobei sich die Frage stellen würde, wie das die gleichen Akteure sein sollen, ihnen fehle ja die Finanzierung. Dementsprechend könnte es schwierig werden, sich in diesen Prozess einzubringen. Es könne auch irgendjemand anderes sein, der Bock habe, sich mit dieser Frage mehr auseinanderzusetzen.

Sie habe die Befürchtung, dass das eine gewisse Goldgräberstimmung auslöse, obwohl die Finanzmittel im Vergleich zu vorher recht bescheiden seien. Das sei auch ein Malus dieser Weiterentwicklung. Es komme ihr schon vor, auch durch die hohen Anteile von Digitalisierung, dass das leider ein Stück weit ein Sparschwein sei. Das finde sie sehr schade.

Sie verstehe, dass die EFRE-Anteile ausliefen. Jetzt habe man nicht an den neuen EFRE-Aufstellungsprozess mitgewirkt. Dementsprechend sei es nicht die Verantwortung der hiesigen Politiker, auch nicht die des Ministeriums, dass das so nicht mehr in diese Förderperiode hineinpasste. Natürlich hätte sie sich gewünscht, dass sich zumindest der Landesanteil für die Kompetenzzentren im Haushalt immer noch eins zu eins abbilde. Das tue er mit diesem Finanzanteil auch nicht. Man hätte auch überlegen können, ob man Teile der Finanzmittel, die vorher aus EFRE gekommen seien, hätte kompensieren können. Es dränge sich der Eindruck auf, dass das finanziell nicht ganz so gut hinterlegt worden sei wie vorher die Kompetenzzentren finanziell hinterlegt worden seien und dass da viel an hippen Ideen herumschwirren würden, die aber nicht die Erfahrungswerte mit aufgriffen, die über die Jahre in den Kompetenzzentren gewachsen seien.

Sie habe noch eine Rückfrage zu der Übergangsphase für die Kompetenzzentren bis möglicherweise zum 31. Oktober. Das eröffne schon Tür und Tor für die eine oder andere Enttäuschung. In der Vorlage stehe, dass die Projekte weiter gefördert werden

könnten, die nicht hätten beendet werden können, oder geplante Projekte oder Teilprojekte, bei denen die Kompetenzzentren, auf welche Art und Weise auch immer, nachweisen könnten, dass sie, vor allem wahrscheinlich pandemiebedingt, nicht hätten umgesetzt werden können. Es stelle sich die Frage, in welcher Art und Weise die Kompetenzzentren da gegebenenfalls beraten und begleitet würden.

Was sie für sehr schlecht halte: Die Formulierung sei relativ offen. Dass sicherlich pandemiebedingt viel von dem Geplanten nicht hätte umgesetzt werden können, da fänden sicherlich die allermeisten Kompetenzzentren, bis auf die eine, die Frau Jägers erwähnt habe, Projekte, die nicht hätten umgesetzt werden können. Wenn man sich aber jetzt auf den Weg mache und das alles erläutere – so simpel, wie Frau Jägers es dargestellt habe, werde es nicht sein –, dann brauche man nicht einfach einen Brief zu schreiben, in dem eine Erläuterung drinstehe. In der Vorlage stehe schon, dass es sich um einen Antrag handele. Das sei nicht so simpel.

Wenn sich die Kompetenzzentren auf diesen Weg machten und dann feststellen müssten, dass unter geplanten, aber leider nicht durchzuführenden Projekte aus Sicht der Bewilligungsbehörde doch etwas ganz darunter verstanden werde: Ihr sei wichtig, dass eine gewisse Sicherheit und Begleitung für die Kompetenzzentren da sei, damit relativ zeitnah klar sei, das habe Aussicht auf Erfolg, oder das habe keine Aussicht auf Erfolg. Das Ministerium müsse sich ein Stück weit in der Verantwortung sehen, da auch beratend den Kompetenzzentren zur Seite zu stehen.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt zu dem dritten Cluster, „SAGE“, an, alle seien sich einig, dass der Bereich Soziale Arbeit, Gesundheit, Pflege sowie Erziehung und Bildung durchaus männlicher werden dürfe. Sie habe aber, als sie Frau Jägers zugehört habe, sich gefragt, was dieses Angebot von dem Angebot unterscheide, das die Agenturen für Arbeit machten. Anders gesagt, wüsste sie gerne, ob man da nicht Gefahr laufe, parallele Strukturen zu schaffen.

MDgt'in Diane Jägers (MHKBG) kommt zunächst auf die Frage zu sprechen, ob es Parallelen zu dem gebe, was die Arbeitsagenturen machten. Diese Fragestellung, die Abgrenzung habe die Kompetenzzentren zehn Jahre begleitet, weil man am Ende immer an derselben Fragestellung arbeite, mit etwas unterschiedlicher Ausrichtung, wie man junge Menschen in welches Berufsbild begleite, wie man Frauen in Führungspositionen fördere, wie man den Wiedereinstieg nach einer Familienpause oder sonstigen Pause mit unterstützen könne.

Der Ansatz bei den SAGE-Berufen, etwa beim Berufsbild Erzieher, unterscheide sich insofern von den Arbeitsagenturen, als man mit der Zielvorstellung beschreibe, dass man in Zukunft in der frühkindlichen Erziehung ansetze. Ein Projekt, das ausgeschrieben werden solle – es gebe schon zwei, der Markt werde gefüllt –, solle ein gutes geschlechtsspezifisches Wimmelbuch sein für die Fragestellung von Berufsfindung in Kitas. Es sei die Frage zu beantworten, warum eigentlich immer die Verkäuferin das Stück Fleisch über die Theke gebe und wieso eigentlich immer der Handwerker im Blaumann in die Wohnung eintrete, wenn irgendetwas zu reparieren sei. Diese Dinge

würden die Berufsbilder der kleinen Kinder von Anfang an mit prägen. Das aufzubrechen und da neue Akzente zu setzen, sei losgelöst von dem, was die Arbeitsagentur mache.

Eine Erfahrung aus den Girls' and Boys' Academies aus Gelsenkirchen und Düsseldorf betreffe die Fragestellung, wie man in der Berufsfindungsphase zwischen dem achten und zehnten Schuljahr Jungen für diese männeruntypischen Berufe durch eine aktive Einbringung in die Fragestellung gewinne, ob man davon leben könne, was das für ein Beruf sei, was man da mache. Da komme die Arbeitsagentur mit ihrer Berufsberatung möglicherweise an ähnlicher Stelle entgegen, solle aber spezifischer diese Fragestellung bewerten.

Genauso sei man in diesem Zusammenhang – deshalb seien die Zielsetzungen breit formuliert, die man vorschlagen werde – darauf gestoßen, dass es im Bereich der Pflegeberufe einen deutlichen Widerstand gebe zu sagen, man öffne diese Berufsbilder für Männer. Da gebe es eine Hochschule für Gesundheit, die sehr intensiv diskutiere, ob man es nicht andersherum drehen müsste und sage, man wolle die Männer da überhaupt nicht drin haben, denn dann nähmen sie die ganzen Führungspositionen weg. Man wolle die Frauen qualifizieren, die Führungspositionen einzunehmen. Deshalb wolle man das US-amerikanische Modell haben, Pflegeberufe für Frauen, weil es traditionell Frauenberufe seien mit der Perspektive, dass auch die gesamten Führungspositionen von Frauen eingenommen würden. Das habe sie ein Stück zurückweichen lassen von dieser stereotyp verwandten Formulierung, es müsse alles gleichermaßen geöffnet werden. Vielleicht müsse man sich das an der Stelle noch einmal genauer angucken und untersuchen. Da unterscheide man sich an der Stelle von der Arbeitsagentur.

Es gehe in der Tat darum, keine Doppelstruktur zu schaffen und da anzusetzen, wo die Arbeitsagentur mit ihren Strukturen nicht einsetzen könne, also auch Erfahrungen der Boys' and Girls' Academy in ihrer ersten Staffel – mehr habe coronabedingt nicht durchgeführt werden können – zu sammeln. Das werde sich noch konkretisieren.

Frau Paul dürfe davon ausgehen, dass ihre Abteilung niemanden alleine lasse. Allein die Telefonsequenzen, die, ob es um Gewaltschutz oder um die Frage beruflicher Qualifikation von Frauen gehe, machten sie sehr zufrieden. Es gebe keine Hemmschwelle, anzurufen. Die beiden Damen die hinter ihr säßen, Frau Bohrmann-Pfennings und Frau Kreuzenbeck, unternähmen seit Wochen nichts anderes, als mit den Kompetenzzentren oder den Trägern zu sprechen. In Einzelfällen spreche auch sie mit denen, wenn das ausdrücklich gewünscht sei. Aber die beiden hätten einfach die bessere Feldkompetenz. Deshalb sei es klug, dass beide die Gespräche führten und erklärten, erläutern und beraten würden.

Wenn es um die Frage gehe, was konkret als geplante oder angefangene Maßnahme fortgesetzt werden könne: Da gebe es wenig Vertun. All das, was die Kompetenzzentren vorgehabt hätten, sei in Meilensteinplanungen niedergelegt und liege den Bezirksregierungen vor. Da könne sehr schnell miteinander Einigkeit erzielt werden, ob das etwas sei, was bisher schon in der Meilensteinplanung gestanden habe und deshalb im Wege von geplanten Maßnahmen fortgesetzt werden könne. Sie sage deutlich, man werde nicht jede Enttäuschung vermeiden können. Manchmal sage sie auch sehr klar, das Fördergeschäft habe eine Grundregel, die leider immer wieder übersehen

werde, die aber jetzt zum Tragen komme: Wenn der Hauptfördergeldgeber wegfalle, dann seien die Trägerorganisationen gefordert, das Ganze fortzusetzen. Dann überlegten einige vor Ort ernsthaft in dem Fall, in dem es keine Fortsetzung mehr gebe, weil alles abgeschlossen sei, gerne auch noch bis Oktober weiterzukommen, weil da intensive Gespräche stattfänden, wie die Trägerorganisationen selber das klassische Kompetenzzentrum fortsetzten. Denn natürlich sei es so – das sei bei der Beendigung der EFRE-Förderung intendiert und setze sich jetzt fort –, dass viel Kompetenz verlorengehen werde, weil es keine Eins-zu-eins-Nachfolge geben werde. Es wäre falsch, wenn sie das abstreiten würde.

Ihr Ansinnen – die ersten hörten jetzt zu und versuchten zu verstehen, wo die Chancen lägen – sei es zu sagen, man werde nicht alle Stellen retten. Das bekomme man mit den 2,7 Millionen Euro nicht hin. Alles, was Frau Paul dazu angemerkt habe, buche sie unter politische Äußerung, auf die sie nicht antworten dürfe als Beamtin. Es gebe schon die Chance, Kompetenz, gute Ideen und gute Beispiele in so einem Verbund fortzusetzen. Dann wäre es hilfreich, wenn sich beispielsweise zu einem ganz bestimmten Thema das Aachener Kompetenzzentrum mit dem Düsseldorfer Kompetenzzentrum und dem in Ostwestfalen-Lippe committe und feststelle, dieses Thema sei allen so wichtig, das wolle man weitertransportieren. Das liege in diesem Portfolio, wie man das hinkriegen könne. Niemand sei daran gehindert, wenn er sich als Arbeitsgemeinschaft auf ein solches Portfolio bewerbe, nach wie vor die Unterstützung einzuwerben, aber immer mit dem Aussage: Es sei kein regionales Programm mehr. Man fördere jetzt aus weniger Landesmitteln, deshalb müsse es landesweit wirken. Das sei der Ansatz.

Eine Sache nehme sie heute mit: Eine hippe Idee habe ihr noch nie jemand bescheinigt. Das finde sie in ihrem Alter charmant.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr geht davon aus, dass die Frage, wie es mit den Kompetenzzentren beziehungsweise den nachfolgenden Organisationen weitergehe, den Ausschuss immer wieder beschäftigen werde.

8 Verschiedenes

Vorsitzende Regina Kopp-Herr bedankt sich für die Zusammenarbeit in diesem Jahr unter den besonderen Bedingungen, die diesen Ausschuss anscheinend noch eine Zeit begleiten würden. Sie wünsche eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und freue sich auf ein Wiedersehen, spätestens im Januar.

gez. Regina Kopp-Herr
Vorsitzende

14.07.2022/14.07.2022

2